

dürfen. Sie bekommen eine grössere Freiheit um neue pädagogische Wege entwickeln zu können. Alle freien Schulen müssen auf eine neue Art ihre Qualität und ihren Inhalt dokumentieren. Die Waldorfschulen müssen sich bereit erklären Tests durchzuführen, das Unterrichtsministerium hat jedoch Verständnis dafür, dass die Lernprozesse in den ersten Schuljahren nicht intellektualisiert sind. Eine neue Untersuchung in Norwegen hat ausserdem ergeben, dass Eltern, deren Kinder die Waldorf-Schule besuchen, einen sehr viel höheren Ausbildungsstatus haben als Eltern an öffentlichen Schulen.

Robert Thomas

European Council for Steiner Waldorf Education (ECSWE)

## LÄNDERBERICHTE

Vom 16.- 18. Mai dieses Jahres fand das Treffen des «European Council» an der Waldorfschule in Dresden statt. Wir erfuhren von der wechselvollen Geschichte dieser früh gegründeten Schule an der Ost-West-Grenze. Sie wurde dreimal eröffnet (1929, 1945 und 1991) und zweimal geschlossen (1941, 1949). Hier werden heute 528 Schüler bis zur 13. Klasse unterrichtet, man nimmt einen lebendigen pädagogischen Strom wahr.

Nachfolgend einige Stichworte zu einzelnen Länder-Berichten:

- Cottbus: eine der 16 Schulen auf ehemals DDR-Gebiet, viel Enthusiasmus, Probleme mit Abwanderung und Geburtenrückgang, suchen Lehrkraft!
- Rumänien: verstärkte Einengung durch staatliche Vorschriften.
- Frankreich: Verhältnis zu Staat hat sich entspannt nach Wechsel in Parlament: innovative Öffentlichkeitsarbeit.
- Holland: legt einheitliches Abschlusszeugnis für Waldorfschüler (Portfolioform) vor.
- Im Herbst werden Vertreter des ECSWE in Brüssel eine sehr gute Gelegenheit haben, die Anliegen der Waldorfpädagogik darzustellen. Die Lobbyarbeit (cf. Schulkreis 1/03) geht weiter.

Urs Dietler

Der Verein *elternlobby schweiz* setzt sich für die Vielfalt und für Wahlfreiheit im schweizerischen Bildungswesen und für Unterrichtsfreiheit ein. Alle Eltern sollen diejenige staatliche oder nichtstaatliche Schule wählen können, die ihnen und ihren Kindern am besten entspricht. Um ihre Ziele zu erreichen, betreibt die *elternlobby schweiz* Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und bemüht sich

Die *elternlobby schweiz* kommt in Fahrt

# GESPRÄCHE, MESSESTAND UND SAMMELTAGE

um politische Einflussnahme. In Absprache mit der ASP (Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Privatschulen), der IBK (Interkantonale Bildungspolitische Kommission der Steiner Schulen) und dem EFFE (European Forum for Freedom in Education) hat die *elternlobby schweiz* eine gesamtschweizerische Petition lanciert. Um möglichst viele Unterschriften zu erhalten und das Anliegen der Schuwahlfreiheit allen Schichten der Bevölkerung bekannt zu machen, organisieren Mitglieder des Vereins in der ganzen Schweiz Sammelstage. Eltern, Lehrkräfte und Oberstufen-Schülerinnen und Schüler (ab 18) sammeln am Mittwoch, den 4. Juni und Samstag, den 20. September Unterschriften. Einzelaktionen und Stände an belebten Plätzen werden stattfinden. Die Unterschriftensammlung läuft bis Ende Oktober, die Petitionsübergabe an die Schweizerische Bundesversammlung ist der 5. Dezember 2003.

## Öffentlichkeitsarbeit ist Aufklärungsarbeit

Die Petition und das Leitbild des Vereins *elternlobby schweiz* wurden an alle Schweizer Schulen in freier Trägerschaft verschickt. Ebenso wurden sie allen Vereinen und Organisationen, die sich mit den Themen Schule, Kinder und Eltern befassen, zugestellt. Tageszeitungen, Radio- und Fernsehstationen sind über die Aktionen des Vereins informiert worden. Mehrere Zeitungen und Illustrierte haben über die Petition und die *elternlobby schweiz* berichtet.

An der «Kind – die Messe rund ums

Kind» vom 25. bis 29. Juni in Zürich-Oerlikon ist die *elternlobby schweiz* mit einem eigenen Stand vertreten.

## Kanton und Gemeinden

Kantonale *elternlobby*-Gruppen führen Gespräche mit Erziehungsdirektoren und Parteien. Zusammen soll ein Weg gefunden werden, der die Chancengleichheit fördert und allen Schichten

der Bevölkerung die freie Schuwahl unter allen Schulen ermöglicht. Gesetzesänderungen werden angestrebt.

Kommunale *elternlobby*-Gruppen führen Gespräche mit Gemeinderäten und Parteien. Ziel ist es, Unterstützungsgelder für alle Schulen zu er-

halten, die einen Bildungsauftrag der Bevölkerung erfüllen und eine Betriebsbewilligung haben. Reglemente (Beispiel Gemeinde Reinach BL) werden angestrebt, da sie verbindlicher sind als einmalige Budgeteingaben. Gespräche mit Politikerinnen, Politikern und Parteien sind ideal, wenn Wahlen bevorstehen.

## *elternlobby schweiz* bei Experten der OECD

Experten der OECD erstellen in 25 Ländern eine internationale Vergleichsstudie zur Verbesserung der Lehrkräftepolitik. Sie haben unter der Leitung von Stefan Wolter, Direktor der Koordinationsstelle für Bildungsforschung, 10 Tage lang die Schweiz besucht. Zusammen mit dem Verein Schule und Elternhaus wurde die *elternlobby schweiz* zu einem Gespräch eingeladen. Dabei konnte die *elternlobby schweiz* ihre Gedanken und Ziele über die Freiheit im Schweizerischen Bildungswesen ausgiebig erläutern. Unsere Gedanken der Schuwahlfreiheit, der Mitbestimmung und Mitverantwortung von Lehrkräften, Erziehungsberechtigten und Schülerinnen und Schüler wurden wohlwollend aufgenommen. Die OECD-Experten wünschten dem Verein *elternlobby schweiz* viel Kraft und Durchhaltewillen bei ihren Aktivitäten.

Pia Amacher